

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE NOVEMBER 2024

20. JAHRGANG

Die Ampel ist Geschichte. Nach wochenlangem Gezerre um den Haushalt ist nun besiegelt, was vorher schon vielen klar: Das als Fortschrittskoalition gestartete Bündnis hat keine Zukunft. Die Konsequenz: Vermutlich im Frühjahr wird es zu Neuwahlen kommen. Die Linke ist darauf vorbereitet. Bereits im Oktober stellte sie die Weichen für die Bundestagswahl auf einem Parteitag in Halle. Mehr zum Ampel-Aus und zum Parteitag der Linken lesen Sie auf

SEITE 3



Nach der
Ampel
links



Ganz Potsdam trauert um Genossin Brunhilde Hanke

Brunhilde Hanke, die frühere Oberbürgermeisterin von Potsdam, ist im Oktober 2024 im Alter von 94 Jahren verstorben. Unsere Genossin, die am 23. März 1930 in Erfurt geboren wurde, prägte als Stadoberhaupt von 1961 bis 1984 maßgeblich die Stadtentwicklung Potsdams. Während ihrer Amtszeit entstanden mehr als 35.000 neue Wohnungen, südlich der Havel wurden neue Wohngebiete errichtet, und städtebauliche Veränderungen wurden vorgenommen.

SEITE 2

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam Der „Rathausreport“ im Innenteil

In dieser Ausgabe wieder unsere Berichte und Notizen von der Stadtverordnetenversammlung am 6. November 2024. So über unser erfolgreiches Ringen um die Sicherung der sozialen und gesundheitsfördernden Träger, über einen „Maulkorberlass“, der die Kommunikation mit Stadtverordneten untersagt sowie wer die ehrenamtlichen Linken Interessenvertreter sind. Und wir haben Fragen, Beschlossenes und Überwiesenes notiert.

SEITEN 4 und 5



Erinnerungen an den 9. November 1938 und 2024

Die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 bildete den Auftakt zu einer neuen Qualität der systematischen Judenverfolgung im Deutschen Reich. Die Potsdamer Tageszeitung meldete am 15. November 1938 „Potsdamer Judengeschäfte verschwinden“. Zum 86. Jahrestag der Novemberpogrome erinnerte 2024 die Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde in der neuen Synagoge an die Opfer der Judenverfolgung.

SEITE 6



Unsere Genossinnen hoch geehrt

Der Herbst brachte hohe Ehrungen: Genossin Katharina König-Preuss erhielt am 17. Oktober 2024 den Max-Dortu-Preis für Zivilcourage und gelebte Demokratie. Unsere Babelsberger Genossin Christa Kozik wurde von der DEFA-Stiftung für ihr künstlerisches Lebenswerk ausgezeichnet. Wir berichten aber auch darüber, dass das studentische Kulturzentrum [KuZe] sich in unerträglicher Schwebel befindet.

SEITE 8

Potsdam trauert um unsere ehemalige Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke

Brunhilde Hanke, die frühere Oberbürgermeisterin von Potsdam, ist im Oktober 2024 im Alter von 94 Jahren verstorben.

Hanke, die am 23. März 1930 in Erfurt geboren wurde, prägte als Stadtoberhaupt von 1961 bis 1984 maßgeblich die Stadtentwicklung Potsdams. Während ihrer Amtszeit entstanden mehr als 35.000 neue Wohnungen, südlich der Havel wurden neue Wohngebiete errichtet, und städtebauliche Veränderungen wurden vorgenommen.

Auch nach ihrer politischen Laufbahn engagierte sich Brunhilde Hanke weiterhin für die Entwicklung Potsdams, äußerte sich kritisch und konstruktiv zu aktuellen Themen und blieb bis zuletzt eine einflussreiche Persönlichkeit in der Stadt. Unsere Genossin Hanke war zudem bis 1990 Abgeordnete der DDR-Volkskammer und Mitglied des Staatsrates der DDR.

Ein Leben im Dienst der Stadt – und ein Abschied, der Spuren hinterlässt. Bei der Trauerfeier erinnerten sich viele Menschen an die langjährige Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke und wie ihr Engagement und ihre Überzeugungen Potsdam bis heute prägen.



Foto: Annika Jensen



Auch viele neue und alte Parteifreunde waren anwesend: So der Landesvorsitzende Sebastian Walter, Polit-Urgestein und ehemalige Linken-Fraktionsvorsitzende Sigrid Müller, der Stadtverordnete Tobias Woelki und die Potsdamer Linken-Vorsitzende Iris Burdinski. Zu den Rednern auf der Trauerfeier gehörte auch die politische Wegbegleiterin Anita Tack, ehemalige Gesundheitsministerin und langjähriges Mitglied des Land-tags für die Partei Die Linke (Foto links).

Kämpfe mit uns für eine gerechte Welt



Es gibt viele Möglichkeiten, bei uns aktiv zu werden. Du kannst Mitglied werden und mit anderen zusammen aktiv werden – auf der Straße oder im Netz.

Wir wollen uns gemeinsam in die Lage versetzen, dass Die Linke vor Ort einen spürbaren Unterschied im Leben der Menschen macht. Wir wollen die Partei gemeinsam stärken, damit Millionen Menschen angesichts der vielen Krisen eine attraktive Wahl haben: mit Links für eine gerechte Zukunft! **Dafür brauchen wir dich!**

Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotSDam“ –
BERND MARTIN,
Springbruch 16,
14558 Nuthetal,
OT Bergholz-Rehbrücke.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur; Isabelle Vandré,
Steffen Lehnert, Konstantin
Gräfe

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht – Redaktion
**Die nächste PaS erscheint
am 12. Dezember 2024**

LAYOUT

Olaf Dettmann
TELEFON der Redaktion
0157/ 84 95 76 55

E-MAIL

info@medienpunktpotSDam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische
Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699,
BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht – Redaktion/
Archiv
**DRUCK Nordkurier
Druck GmbH & Co. KG**

„Der Kampf um die Plätze links der Mitte ist eröffnet“

Das erklärt Die Linke zum Ampel-Aus

Mit deutlicher Kritik an der unsozialen Politik der Ampelparteien reagiert Die Linke auf das Platzen der Koalition. Lesen Sie hier die Erklärung, die die Vorsitzenden der Gruppe Die Linke im Deutschen Bundestag, Heidi Reichinnek und Sören Pellmann, gemeinsam mit den Vorsitzenden der Partei Die Linke, Ines Schwerdtner und Jan van Aken (FOTO), am Tag des Ampel-Aus veröffentlichten:

„Die Ampel ist nicht erst heute gescheitert. Sie hat es drei Jahre lang nicht geschafft, Sicherheit für die große Mehrheit hier im Land zu schaffen. Die FDP wollte es nicht, SPD und Grüne konnten es nicht. Die Ampel hat das oberste Prozent der Bevölkerung hofiert und den Rest vernachlässigt. Statt die Superreichen zur Kasse zu bitten, hat sie bei den Ärmsten gestrichen. Sie hat das Land kaputtgespart und war damit der größte Antreiber der Angst hier in Deutschland. Jetzt stürzt sie das Land in die nächste Krise. Als demokratische Parteien hätten SPD, Grüne und FDP die Verantwortung, für Stabilität zu sorgen.

Wir brauchen eine bessere Politik. Eine gerechte, soziale Politik, die den Menschen die Existenzängste nimmt und damit auch gegen den Faschismus immunisiert. Eine Politik für sichere Renten, höhere Löhne und niedrige Mieten. Für die nötigen Investitionen in die soziale Sicherheit und unsere Zukunft fordern wir das Aussetzen der Schuldenbremse.



Die Linke steht bereit. Bereit für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Klimaschutz und den Kampf gegen Ungleichheit. Der Kampf um die Plätze links der Mitte ist eröffnet - und das ist gut so. Wir sind bereit für Neuwahlen. Die Linke wird das Feld von hinten aufrollen und frischen linken Wind ins Land bringen. Wir werden beweisen, dass wir mit unserer neuen Einigkeit Wahlen gewinnen können. Wenn das ganze Land nach rechts rückt, gibt es viel Platz für Die Linke. Diese Chance werden wir nutzen.“

Parteitag in Halle: Linke stellt Weichen für die Bundestagswahl

Van Aken und Schwerdtner zu Vorsitzenden gewählt

Bereits zweieinhalb Wochen bevor Christian Lindners Entlassung das endgültige Aus der Ampelkoalition besiegelte, stellte Die Linke in Halle die Weichen für die Bundestagswahl. Auf einem Parteitag in Halle wurden Schwerpunkte für das kommende Jahr festgelegt und ein neuer Vorstand gewählt.

„Mein Name ist Jan van Aken und ich finde, es sollte keine Milliardäre geben,“ so begann der ehemalige Bundestagsabgeordnete und frühere UN-Biowaffeninspekteur seine von frenetischem Applaus begleitete Rede. Er wolle sich für eine klassenkämpferische Linke einsetzen, die die Rechte der sozial Benachteiligten beinhaltet und stur verteidige. Es sollte nicht die letzte klare Ansage van Akens bleiben. So ließ er die Delegierten unmissverständlich wissen, was er vom Streit der letzten Jahre hält. „Ab sofort ist Schluss mit Zoff. Niemand beißt mehr in irgendein Mikrofon, nur weil es ihm hingehalten wird“, rief van Aken dem Parteitag zu. Es müsse Schluss mit Vielstimmigkeit sein, „dann werden wir es wieder rocken!“. Die Delegierten dankten es ihm: Mit 88 Prozent wählten sie ihn und die Berliner Publizistin Ines Schwerdtner (79,7 Prozent) zu den neuen Vorsitzenden der Linken. Schwerdtner hatte sich zuvor in ihrer Rede mit



deutlichen Worten die Aushöhlung des Sozialstaates kritisiert. Sie positionierte Die Linke als Verteidigerin des Sozialstaates, die mit Volksbegehren für ein kostenloses Schulesen oder Sozialsprechstunden konkrete Hilfestellungen für die Menschen leiste.

Ebenfalls in den Parteivorstand wurden als Vertreterin für den Studierendenverband dielinke.SDS die in Potsdam wohnhafte Margarita Kavali sowie Katharina Dahme gewählt, die als Exil-Potsdamerin heute in Göttingen lebt, der Stadt aber immer noch als Vorsitzende des SV Babelsberg 03 verbunden ist.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe November 2024

Alle Jahre wieder – das Ringen um die Sicherung der sozialen und gesundheitsfördernden Träger

Sekiz, Chillout, AWO, Kultur und Co., deren soziale und gesundheitsfördernde Angebote essentiell für die Stadtgesellschaft sind, müssen jedes Jahr aufs Neue ein Antragsverfahren durchlaufen. Bereits im letzten Jahr hatte dieses Verfahren für viel Unmut gesorgt. Im Ergebnis hatten wir beschlossen, dass jene Angebote, die seit vielen Jahren Teil der sozialen Infrastruktur sind, in eine institutionelle Förderung überführt werden. Die dafür notwendige Richtlinie sollte für das Jahr 2025 vorliegen. Doch das war zeitlich nicht möglich. Also musste der Sozialausschuss auch für 2025 eine Übergangslösung finden. Hinzu kam: Die Mittel drohten gekürzt zu werden, weil die Volkssolidarität und die Tafel bisher über den Pakt für Pflege abgesichert waren, dieser aber nun ausläuft und kompensiert werden muss. Nach z.T. unterirdischen Debatten, 3 Lesungen und einer Sondersitzung des Sozialausschusses in den Ferien ist es uns gelungen einen Beschluss herbeizuführen, der die gleiche Fördersumme im kommenden Jahr, wie 2024 vorsieht und den Oberbürgermeister dazu auffordert, die zusätzlichen Bedarfe für Volkssolidarität und Tafel (FOTO) aus einer

anderen Finanzierungsquelle, außerhalb des Sozialbereichs zu kompensieren. Kaum war der Beschluss errungen, fehlte er plötzlich auf der Tagesordnung der SVV. Warum? Weil die Verwaltung entgegen aller Absprachen zunächst eine Vorlage in die Beigeordnetenkonferenz einbringen und sie dann im Hauptausschuss Mitte Dezember abstimmen lassen wollte. Das hätte eine Verzögerung von mindestens einem Monat bedeutet. Zeit, die weder die Träger, noch ihre Mitarbeiter:innen oder Nutzenden haben, da sie Sicherheit darüber brauchen, wie es nach dem ersten Januar weitergeht. Also haben wir das Prozedere selbst in die Hand genommen und den Beschluss aus dem Sozialausschuss gemeinsam mit Grünen und ANDERE zur Bestätigung eingebracht. Er wurde angenommen, unser Druck hat erneut Wirkung gezeigt.

Isabelle Vandre,
Fraktionsvorsitzende



Mit auf den Weg...

Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Potsdam sind so eine Sache – die derzeitige Doppelbeigeordnete Birgit Meier hat gar so viel Zeit, dass sie in ihren Geschäftsbereichen einen „Maulkorberlass“ an alle Mitarbeitenden versandt hat, der die Kommunikation mit uns Stadtverordneten untersagt. Sämtliche Anfragen, Gespräche, Informationsaustausche dürfen gemäß der „Verfügung zur Kommunikation mit politischen Funktionsträgern“ ausschließlich über ihren Tisch laufen, eine direkte Kommunikation wird beiderseitig untersagt. Dies ist nicht nur lebensfremd bei 56 Stadtverordneten, sondern schadet auch Stadt immens. Der Austausch im Zuge der Vorbereitung, Qualifizierung und Umsetzung von Anträgen ist ungemein wichtig für beide Seiten. Er vermeidet eine Flut von Einzel- und Kleinen Anfragen sowie unausgegorenen Anträgen, spart Zeit und fördert die Weiterentwicklung zum Wohle der Stadt. Hinzu kommt, dass uns Stadtverordneten gegenüber permanent betont wird, dass wir als solche Teil der Verwaltung sind – anders als im Land. Wie das zusammen gehen soll mit einer verbotenen Zusammenarbeit erschließt sich nicht. Wir haben daher die sofortige Rücknahme der

Verfügung und die dauerhafte Gewährleistung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit beantragt. Ähnlich absurd verhält es sich mit den im Zuge der Beantragung eines Behindertenparkausweises Geschädigten durch die unerlaubte grundlose parallele Eröffnung eines Führerscheinentzugsverfahrens. Vielen Betroffenen blieb zur Wehr dagegen nur die Inanspruchnahme eines Anwaltes sowie teurer Gutachten. Die Stadt hatte öffentlich erklärt, entstandene Unkosten zu erstatten, lässt die Betroffenen nun aber größtenteils im Regen stehen und erklärt, die Kosten seien freiwillig gewesen. Auch für eine Entschuldigung brauchte es über 1 Jahr – kein Zeichen guter Kommunikation und guten Willens, weshalb wir auch hier einen Antrag auf uneingeschränkte Kostenerstattung gestellt haben. Beide Anträge sind zur Beratung in den Ausschüssen vorgesehen.

Tina Lange



Roter Adler gegen blauen Weinberg

In Potsdam sorgt das neue Stadtlogo für hitzige Diskussionen. Das bekannte blaue Weinberglogo soll abgelöst werden. Dass das neue Logo auch für hoheitliche Zwecke eingesetzt werden soll, was genau das bedeutet ist noch unklar, stellt einen Bruch mit dem bestehenden Stadtwappen dar. Dieses wurde von Werner Nerlich, Potsdamer Ehrenbürger, Antifaschist und Kenner der Stadtgeschichte, entworfen und 1957 eingeführt. Das Wappen steht für das historische und soziale Erbe Potsdams und verkörpert den Anspruch, Identität und Werte einer Stadtgemeinschaft zu wahren. Das neue Logo hingegen wurde von einer Agentur entwickelt und folgt dem Trend einer unternehmerischen Markenästhetik. Es zeigt einen stilisierten roten Adler mit einem Flügel, der ein P darstellen soll. Hier besteht die Gefahr, dass die Stadt zur austauschbaren „Marke“ verkommt und historische Wurzeln zugunsten eines glatten Images aufgegeben werden. Für uns sollte ein Stadtlogo in erster Linie die Geschichte und die Interessen ihrer Bewohner widerspiegeln, statt den Fokus auf Marketingstrategien zu legen. Das ist eben nicht nur der



rote Adler und das Schloss Sanssouci, sondern auf die Errungenschaften des DDR Wohnbaus, das Minsk und die ehemalige Fachhochschule. Der Facettenreichtum unserer Stadt fällt bei dem neuen Logo völlig hinten runter. Wir bleiben weiter dran.

Tobias Woelki



Sachkundige Einwohner:innen Fraktion Die Linke



Wir bedanken uns bei unseren neuen sachkundigen Einwohner:innen für ihre Bereitschaft die Fraktion Die Linke zu unterstützen.

Ausschuss für Bildung und Sport: **Susanne Rose**

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen, Integration: **Alexander Fischer**

Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft: **Marek Lipp**

Ausschuss für Kultur: **Annette Paul**

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Entwicklung des ländlichen Raumes: **Robert Witzsche**

Ausschuss für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung: **Torben Reichert**

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität: **Benjamin Karl**

Linke Aufsichtsrät:innen

Die Fraktion Die Linke hat sich dazu entschieden die ihr zustehenden Aufsichtsratsposten an Sachkundige zu vergeben und keine Stadtverordneten einzusetzen. Wir bedanken uns herzlich für die Unterstützung!

Energie und Wasser Potsdam: **Bernd Brouns**

Stadtwerke Potsdam: **Stefan Wollenberg**

Hans-Otto-Theater: **Minne Nimz**

Klinikum Ernst von Bergmann: **Anita Tack**

ProPotsdam: **Iris Burdinski**

Luftschiffhafen Potsdam: **Bernd Brouns**

Entwicklungsträger Potsdam: **Leon Lenk**

Termine/Kontakte November 2024

Fraktionssitzungen: 18.11.; 25.11. und 02.12. – jeweils 18:00 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3

Stadtverordnetenversammlung: 04.12.2024, 15:00 Uhr, IHK Potsdam, Breite Str. 2A – C

KONTAKT: Ida Karlotta Wiesigstrauch, Fraktionsgeschäftsführerin, Stadthaus, R. 3.107 Friedrich-Ebert-Str. 79/81 in 14469 Potsdam
Tel.: 0331 289 3048, E-Mail: dielinke@rathaus.potsdam.de

ÜBERWIESEN

Kriminelle Bauinvestoren stoppen!

In einem Antrag hat die Fraktion Die Linke den Oberbürgermeister aufgefordert alle Planungsvorhaben an denen (potenziell) kriminelle Investoren beteiligt sind sofort zu stoppen. Zukünftig soll die Seriosität von Bauinvestoren gründlich geprüft werden, vor allem, wenn sie die soziale Infrastruktur betreffen. Beispiele für kriminelle Investoren in Potsdam gibt es zahlreiche. Unter anderem berichtet das Handelsblatt, dass der Investor der Baubranche in der Glasmeisterstraße wegen gefälschter Rechnungen ins Visier von Strafverfolgern geraten sei. Das ist ein unhaltbarer Zustand – mit kriminellen Investoren verzögern sich Bauprojekte, wie wir in der Glasmeisterstraße deutlich sehen können. Leider wurde der Antrag von CDU, AfD, Freien Wählern und Grünen abgelehnt.

Ab aufs Fahrrad mit dem Ordnungsamt

Ein weiterer Antrag zielt darauf auf die Fahrradstaffel des Ordnungsamtes offensiver zu bewerben. Den Mitarbeiter:innen soll laut Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung ermöglicht werden statt den Autos flexibel auch dafür vorgesehene Fahrräder zu nutzen. Bisher sind leider weder das Angebot noch die Stellenausschreibung sonderlich bekannt. Das soll sich ändern!

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Bei Fragen wenden Sie sich bitte

unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

Fraktion Die Linke; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 48 Fax: 0331/289 31 19

Redaktion:

Isabelle Vandre (v.i.S.d.P.), Ida Wiesigstrauch (Geschäftsführerin)

Druck: Nordostdruck

Novemberpogrome 1938: Von der Diskriminierung zur Verfolgung

Die Pogromnacht am 9. November 1938 war der Beginn eines neuen Terrors. Deutschlandweit wurden in dieser Nacht mehrere hundert Synagogen abgebrannt. Mindestens 8000 jüdische Geschäfte wurden demoliert und zahlreiche Wohnungen verwüstet. Rund 100 Juden wurden ermordet und Zehntausende in Konzentrationslager verschleppt. Spätestens an diesem Tag konnte jeder in Deutschland sehen, dass Antisemitismus und Rassismus bis hin zum Mord staatsoffiziell geworden waren. Auch in Potsdam wurden alle Männer der jüdischen Gemeinde in der Pogromnacht verhaftet. Die 1903 errichtete neobarocke Synagoge am damaligen Wilhelmplatz, dem heutigen Platz der Einheit, blieb nicht verschont. Um 5.30 Uhr drang eine fünfköpfige Abordnung mit einem Gestapo-Beamten als Anführer in die Wohnung von Herrmann Schreiber, dem Rabbiner der Synagogengemeinde ein. Die Männer forderten die Schlüssel für die Synagoge. Dort warteten bereits ihre Komplizen. Die Fenster der Synagoge wurden eingeschlagen, Leuchter heruntergerissen, Bänke zerschlagen, die Sitze des Rabbiners zerhackt, die Vorhänge des Thoraschreins zerfetzt, die Thorarollen in Stücke gerissen, der große Chanukaleuchter als Brechstange genutzt. In nur fünf Minuten hatte sich die Synagoge in einen Trümmerhaufen verwandelt. In Brand gesteckt wurde das Gebäude nicht – anders als die jüdische Kapelle auf dem Pfingstberg. Die Nachbarschaft zur Hauptpost rettete sie.

Die Reichspogromnacht bildete den Auftakt zu einer neuen Qualität der systematischen Judenverfolgung im Deutschen



Der Gedenkstein für deportierte und ermordete Potsdamer Juden auf dem Jüdischen Friedhof der Stadt.

Foto: Andreas Klaer



Gedenktafel am ehemaligen Standort der Potsdamer Synagoge am heutigen Platz der Einheit.

Foto: Peter Degener

Reich. Nach der Pogromnacht verschärften sich Gewaltaktionen gegen Einwohner, die nach den NS-Rassegesetzen als Juden klassifiziert wurden. Sie wurden in die Emigration gedrängt oder deportiert. Die Potsdamer Tageszeitung meldete am 15. November 1938 „Potsdamer Judengeschäfte verschwinden“. Laut der Bevölkerungsstatistik lebten 1939 in Potsdam noch 175 „Glaubensjuden“ – im Jahr 1925 hatte die jüdische Gemeinde noch 626 Mitglieder gezählt.

Das damalige Ende der jüdischen Gemeinde in Potsdam war wohl am 11. Januar 1942. An diesem Tag wurden etwa 40 jüdische Männer, Frauen und Kinder auf Lastkraftwagen nach Berlin zur Sammelstelle für die Deportation ins Ghetto von Riga gebracht. Dort ließ man die Deportierten verhungern, viele wurden erschossen oder arbeiteten sich zu Tode.

Im Jahre 1991 wurde im Land Brandenburg wieder eine jüdische Gemeinde gegründet.

Potsdam gedenkt der Opfer der Pogrome

2024 gibt es in Potsdam wieder mehrere jüdische Gemeinden verschiedener Glaubensrichtungen. Nach langem Ringen und jahrelanger Planung konnte am 04. Juli 2024 endlich das neue Synagogenzentrum in der Schlossstraße eröffnet werden. Somit fand das diesjährige städtische Gedenken an die Reichspogromnacht das erste Mal im Gebetsraum der Synagoge, und nicht wie sonst, am Standort der alten Synagoge statt. Die Synagoge war bis auf den letzten Platz voll besetzt und Gäste mussten in Teilen stehen. Zur Gedenkveranstaltung geladen hatten die jüdische Gemeinden Potsdam, die Katholische Kirche Potsdam, St. Nikolai Gemeinde, OMAS GEGEN RECHTS und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Potsdam in einem breiten Bündnis. Es sprachen der Einrichtungsleiter Synagogenzentrum Potsdam Jan-Niklas Hörmann, Oberbürgermeister Schubert sowie Kultur- und Wissenschaftsministerin Manja Schüle. „1938 ist nicht 2024 und doch gibt es keinen Grund zur Entspannung“, das betonte die Kulturministerin in ihrer Ansprache mehrfach und hob die steigenden Zahlen antisemitischer Vorfälle hervor. Im Anschluss an die Veranstaltung zog man gemeinsam zum Standort der alten Synagoge. Dort legte die Linke Fraktionsvorsitzende Isabelle Vandré ein Gedenkgesteck nieder. Direkt im Anschluss nahmen Vertreter:innen der Potsdamer Linken an der



Gedenkveranstaltung des VVN-BdA teil. Am Denkmal für die Opfer des Faschismus am Platz der Einheit wurde eine Flamme zur Mahnung und zur Erinnerung entzündet und Vertreter:innen der Potsdamer Zivilgesellschaft lasen bewegende Erinnerungen Potsdamer Juden sowie die Namen der um den 09.11.1938 deportierten Potsdamer Juden vor. Nach einer Schweigeminute wurden auch hier ein Gedenkgesteck sowie einzelne rote Nelken abgelegt. Das Gesteck trägt die Aufschrift: „Nie Wieder!“. Das ist und bleibt unsere Maxime.

Nach der „Ampel“ links -

Unser Spitzenduo für die Bundestagswahl

Heidi Reichinnek und Jan van Aken sind ein echtes Spitzenteam für die Bundestagswahl! Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

"Es sollte keine Milliardäre geben. Sie haben sich ihren Reichtum nicht verdient, sie haben ihn uns allen weggenommen. Jetzt holen wir ihn uns wieder zurück. Dafür braucht dieses Land eine starke Linke.", das ist die Botschaft von Jan.

Und für Heidi ist klar: "Es muss um unsere Zukunft gehen. Um die Kinder, die Jugendlichen, die Menschen, in diesem Land."

Mit unseren Spitzenkandidierenden Heidi Reichinnek und Jan van Aken schicken wir zwei Menschen ins Rennen, die Ahnung davon haben, was die Menschen bewegt und wo die Probleme unseres Landes liegen. Gemeinsam kämpfen wir für den Einzug in den Bundestag und die Direktmandate. Gemeinsam für eine linke Opposition und für die Menschen.



Sonderausstellung beleuchtet dunkles Kapitel der NS-Zwangsarbeit

Die Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam präsentiert ab dem 22. November (bis 15. Juni 2025) eine Sonderausstellung zur Zwangsarbeit und NS-Justiz in der Region zwischen 1940 und 1945. Unter dem Titel "Zwangsarbeit und NS-Justiz in Potsdam (1940–1945)" rückt die Ausstellung ein oft vernachlässigtes Kapitel der deutschen Geschichte in den Fokus.

Im Zentrum stehen die Schicksale von Hunderten ausländischen Zwangsarbeitern aus über 20 Nationen, die im Gerichtsgefängnis Potsdam inhaftiert waren. Anhand von 18 repräsentativen Biografien werden die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Verfolgungspraxis durch NS-Behörden eindrücklich dargestellt.

Besonders hervorzuheben ist die erstmalige Präsentation eines Haftbuchs der ausländischen Arbeitskräfte. Dieses Dokument gewährt neue Einblicke in das System der Zwangsarbeit und die damit verbundene Justiz im Faschismus.

Die Ausstellung geht über individuelle Schicksale hinaus und beleuchtet auch die gesellschaftlichen und politischen Hintergründe der NS-Zwangsarbeit. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung und Erinnerung an die rund 8,4 Millionen zivilen Zwangsarbeiter, die im NS-Regime ausgebeutet wurden.

Besucher erwartet eine sorgfältig kuratierte Schau, die durch ein vielfältiges Begleitprogramm ergänzt wird. Führungen, thematische Stadtrundgänge und eine Filmveranstaltung vertiefen die Auseinandersetzung mit diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte.

b.m.



Ausstellungsort: Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstraße 54, 14467 Potsdam

Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag 10-18 Uhr

NS-Propaganda-Broschüre zur Anwerbung von zivilen Zwangsarbeitern in Frankreich, 1943

© Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

28.11. | 19:00 Uhr
Rotbloq, Zeppelinstr. 7
Nur für FLINTA*

Kleider tausch party

Stöbern, Tauschen, nette Menschen.

Genossin Katharina König-Preuss erhielt den Max-Dortu-Preis

Katharina König-Preuss wurde in diesem Jahr mit dem Max-Dortu-Preis für Zivilcourage und gelebte Demokratie ausgezeichnet. Die Jury hat sie am 17. Oktober 2024 im Potsdam-Museum am Alten Markt für ihren langjährigen Einsatz gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und ihre Aufklärungsarbeit im Zusammenhang mit dem rechtsextremen NSU-Terror ausgewählt.

Katharina König-Preuss, geboren 1978 in Erfurt, engagiert sich seit 2004 als Stadtverordnete der Linken in Jena in der Kommunalpolitik. Seit 2009 ist die Diplom-Sozialpädagogin Landtagsabgeordnete in Thüringen und war Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtages.



Babelsberger Genossin Christa Kozik für ihr Lebenswerk geehrt

Unsere Genossin Christa Kozik zählt zu den bekanntesten Autorinnen für Kinder- und Jugendfilme in Deutschland. Die Babelsbergerin (Jahrgang 1941) zählt zu den bekanntesten Autorinnen für Kinder- und Jugendfilme in Deutschland und prägte viele DEFA-Produktionen. Zu ihren bekanntesten Filmen zählen „Ein Schneemann für Afrika“ (1977), „Moritz in der Litfaßsäule“ (1983) und „Gritta von Rattenzuhausbeiuns“ (1984). Der Jugendfilm „Sieben Sommersprossen“ (1978) zog ein Millionenpublikum an und wurde zum Kultfilm. Auch für die bekannte Hölderlin-Verfilmung „Hälfte des Lebens“ (1984) schrieb sie das Buch. Nun wurde Christa Kozik von der DEFA-Stiftung für ihr künstlerisches Lebenswerk ausgezeichnet. Die Verleihung fand am 27. September 2024 in der Akademie der Künste statt.



Was läuft schief im KuZe?!



Das studentische Kulturzentrum [KuZe] befindet sich in unerträglicher Schwebel. Der neue liberal dominierte Allgemeine Studierendenausschuss, mit Unterstützung der Christdemokraten, Jusos sowie Grünen,

entließ unbefristet alle Mitarbeitenden des [KuZe] und erteilte ihnen Hausverbot. Alles läuft schief: der AStA ist nicht erreichbar, die Studentische Rechtsberatung entlassen, die feministische Bibliothek FemArchiv geschlossen, alles auch noch im Namen der Effizienz. Wie sollen sich Probleme lösen, wenn die Selbstverwaltung Selbstauflösung betreibt? AStA und StuPa fühlen sich von den Studierenden angegriffen. Demonstrationen gegen die Maßnahmen im [KuZe] seien undemokratisch, Aufklärung manipulierend. Der Volkswille scheint ihnen irritierend. Der SDS, zusammen mit den Hochschulgruppen der GEW, DGB und FAU und auch viele Studierende kämpften am 22.10. mit ihnen Seite an Seite dagegen an. Zwischen ihnen kann sich ein treibender Motor der Hochschulpolitik entwickeln. Nur nicht unterkriegen lassen, jetzt heißt es anpacken!

Marvin Friedrich, Student

Termine PaS November

Mittwoch, 20. November 2024 18:00 – 21:00 Uhr
„Die Linke in Europa?!“, mit Martin Guenther und Tobias Woelki

Donnerstag, 21. November 2024 18:00 – 19:30 Uhr
Neumitgliedertreffen
 im rotbloq (Zeppelinstr. 7).

Mittwoch, 27. November 2024 19:00 Uhr
Feministischer Stammtisch
 im rotbloq (Zeppelinstr. 7).

Sonnabend, 30. November 2024 von 10:00 – 16:00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
 im Humboldt-Gymnasium Potsdam
 (Heinrich-Mann-Allee 104 C, 14473 Potsdam)

Mittwoch, 4. Dezember 2024 von 17:00 – 19:00 Uhr
Kostenlose Sozial- und Rechtsberatung
 im rotbloq (Zeppelinstr. 7).